

Michael Vassiliadis

Vorsitzender der IG BCE und Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung

zum Nachhaltigen Handeln aus Sicht der IG BCE

anlässlich des 20 jährigen Jubiläums der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG  
BCE

am 4. November 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, diesmal zum zweiten runden Jubiläum und vor vielen Zuhörern bei der Verleihung des 10. Umwelpreises der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE sprechen zu können.

20 Jahre Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE ist ein Grund zum Feiern, denn dies bedeutet 20 Jahre Engagement für die Belange von Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft sowie der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Noch bevor 1992 in Rio de Janeiro das Prinzip der Nachhaltigkeit international verankert wurde und die Bundesregierung 2001 den Rat für Nachhaltige Entwicklung zum ersten Mal berufen hat, setzte sich die Stiftung für konkretes Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit ein und hat es zu ihrem Markenzeichen entwickelt.

Denn Nachhaltigkeit – ist eine gewerkschaftliche Gestaltungsaufgabe und Gestaltungschance.

Wir sind uns als Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie unserer sehr akzentuierten Rolle in der Gesellschaft bewusst.

Wir wissen, dass wir Arbeitnehmerinteressen in Wirtschaftszweigen vertreten, die ganz besonders im Spannungsfeld zur Ökologie und zum Klimaschutz stehen. Aber wir und mit uns die anderen Gewerkschaften können etwas sehr Spezifisches einbringen:

Unsere tiefe Verankerung in Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und unsere Kompetenz auf Feldern des technologischen Fortschritts, der auch Antworten für die Zukunft von Umwelt und Klima gibt.

Nachhaltige Entwicklung ist für uns als IG BCE die gleichrangige Integration ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange.

Als Industriegewerkschaft und Stifterin nehmen wir diese Gestaltungsverantwortung für eine an dem Prinzip der Nachhaltigkeit orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik gerne wahr.

Ökonomie, Ökologie und Soziales zusammen zu denken war seit Gründung der IG BCE ein Leitgedanke für Innovation und Beschäftigung, wie folgende „Meilensteine“ unserer Organisation zeigen:

Seit 1977 hat die damalige Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (IG CPK) eine Umweltschutzabteilung, die innerhalb weniger Jahre zur größten Umweltschutzabteilung einer Gewerkschaft ausgebaut wurde.

Zehn Jahre später – 1987 – wurde zusammen mit den Sozialpartnern „GIBUCI“, eine Gesellschaft zur Information von Betriebsräten über Umweltschutz in der Chemischen Industrie, abgekürzt GIBUCI, gegründet, die noch heute aktiv Betriebsräte über aktuelles Geschehen und Gesetze im Umweltschutz informiert.

Ein Jahr später wurde die Gründung einer Umweltstiftung vorbereitet, die dann bei der 100-Jahr-Feier der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik am 27. August 1990 in Hannover als Stiftung Arbeit und Umwelt beschlossen wurde.

Am 29. Oktober 1990, also fast genau vor 20 Jahren erhielt sie den Genehmigungsvermerk der Bezirksregierung Hannover.

Bis heute ist sie die erste und einzige gewerkschaftliche Umweltstiftung in Europa.

Wie ich der Jubiläumsschrift entnehme, hat unsere Gewerkschaft das Geld damals nicht nur gut angelegt, sondern hiermit auch konkret Gutes für den Umwelt- und Klimaschutz bewirkt.

Das ursprüngliche Stiftungskapital von 500.000 Euro wurde mit einer Zustiftung der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik auf 3,4 Millionen Euro erweitert und ist heute in nachhaltigen Vermögensanlagen angelegt und vollständig erhalten.

Zusätzlich wurden Erträge aus dem Stiftungskapital und der Projektstätigkeit erzielt. So konnten in 20 Jahren über 7 Mio. Euro für Förderungen, Umweltpreise und Drittmittelprojekte zur Verfügung gestellt werden, um arbeitnehmerorientierten Umwelt- und Ressourcenschutz zu ermöglichen.

Das ist aus meiner Sicht ein nachhaltiger und guter Erfolg, den es heute zu feiern gilt.

Stiftungszweck ist laut Satzung die „Förderung humaner Arbeits-, Umwelt- und Lebensbedingungen der Menschen in einer hoch entwickelten Industriegesellschaft“.

Er soll dokumentieren, dass der Erhalt einer lebenswerten Umwelt aus gewerkschaftlicher Sicht für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine wichtige Rolle spielt.

Noch heute bestimmen zwei Hauptarbeitsfelder die projektbezogene Arbeit der Stiftung.

Es ist dies zum einen die Schnittstelle zwischen politisch/ökonomischen Umweltdiskussionen mit den wissenschaftlich-technischen Innovationen, deren Umsetzung oft aussteht.

Hier möchte die Stiftung konsens- und lösungsorientierte Strategien auf betriebs-, industrie- und gesellschaftspolitischer Ebene entwickeln und Umweltschutz arbeitnehmerfreundlich und beschäftigungswirksam gestalten.

Zweites Hauptarbeitsfeld ist seit ihrer Gründung die nachhaltige Entwicklung, weshalb man die Stiftung Arbeit und Umwelt als eine Pionierin der Nachhaltigkeit verstehen kann.

In ihren ersten zehn Jahren war hier die Stiftung engagiert, die nachhaltige Entwicklung und Integration der neuen Bundesländer in demokratische Strukturen und Zusammenhänge durch praktische Hilfe bei der Bewältigung der ökologischen, sozialen und strukturellen Probleme zu unterstützen.

Heute engagiert sie sich vor allem um Energie- und Ressourceneffizienz in unterschiedlichen Branchen sowie der Übernahme sozialer Errungenschaften im Bereich der Erneuerbaren Energien.

Wir als gewerkschaftliche Stifterin wollten damals wie heute eine nachhaltige Industrie-, Energie- und Klimapolitik, die industrielle Entwicklung und Innovationen fördert, die langfristig eine umwelt- und klimaverträgliche Energieversorgung sichert, das Klima tatsächlich schützt sowie sozialen Fortschritt voranbringt.

Aber mit einem realistischen Augenmaß von A nach B.

Das ist mir auch ein wichtiges Anliegen in meiner Funktion als Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung.

Weder dürfen energie- und industriepolitische Erfordernisse über die notwendigen Klimaschutzziele, noch einseitige Klimaschutzmaßnahmen über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestellt werden.

Auch darf ein zügelloses Finanzsystem nicht den sozialen Frieden und die natürlichen Lebensgrundlagen gefährden, wie die Finanzkrise mit den deregulierten Märkten gezeigt hat.

Die Stiftung soll, darf und kann uns unsere gewerkschaftliche und politische Gestaltungsaufgabe nicht abnehmen, aber sie kann helfen unsere nachhaltigen Ziele mit konkreten Projekten zum Umwelt- und Ressourcenschutz für das Gemeinwesen zu unterstützen.

Wir freuen uns als IG BCE, mit einer verantwortungsbewussten Akteurin wie die Stiftung Arbeit und Umwelt einen Beitrag für das Gemeinwohl gestiftet zu haben, der Umwelt- und Klimaschutz mit Arbeit und Sozialem zu einer nachhaltigen Industriepolitik verbindet. Mit innovativen Partnern und Projekten sowie Umweltpreisverleihungen hat sie gute Beispiele im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz sowie der Erneuerbaren Energien identifiziert und verbreitet.

Ihre Projekte, sollen vor allem zur Nachahmung anregen, wovon ich einige kurz benennen möchte:

Ressourceneffizienz in der Kunststoffindustrie lautet der Titel eines aktuell von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekts.

Die Rolle von Interessensvertretungen bei der Einführung von energiesparenden serverbasierten Computerlösungen wird gegenwärtig in einem anderen Projekt untersucht.

Das Solarstrom nicht per se nachhaltig ist, sondern erneuerbare Energien nur dann nachhaltig sind, wenn sie unter guten Arbeitsbedingungen bei tarifgebunden Unternehmen hergestellt werden, zeigte das Projekt zur Solaranlage auf dem Wilhelm-Gefeller-Bildungszentrum in Bad Münder.

Wie Umweltschutz hilft Kosten zu sparen, haben wir in der Hauptverwaltung selbst erfahren, als wir auf Anregung der Stiftung an dem Öko-Profit-Programm der Stadt Hannover teilnahmen und dieses Jahr erfolgreich zertifiziert wurden.

Auch die Umweltpreise sollen helfen, gute Projekte und Ideen zu verbreiten, wie der diesjährige Umweltpreis Energieeffizienz mit Mitarbeiterbeteiligung zeigt.

Er hat eine breite Resonanz an dem Thema mit zahlreichen Bewerbungen ausgelöst.

Ich wünsche mir, dass hoffentlich viele Unternehmen verschiedener Branchen dazu angeregt werden, die eine oder andere gute Idee der Preisträger auch bei sich zu prüfen und umzusetzen.

Nutzen Sie die heutige Tagung, um Netzwerke zu pflegen und neue Kontakte zu gewinnen.

Vor einem Jahr wurde ein Förderkreis gegründet.

Er hat schon einige Mitglieder gewonnen, doch wären der Stiftung mehr zu wünschen.

Das Jubiläum bietet hierzu eine gute Gelegenheit.

Die Stiftung ist in ihrer Rolle als Mittler und Vorreiter ein gutes Beispiel, wie Umweltstiftungen als Bestandteil des Dritten Sektors mit ihren gemeinwohlorientierten Projekten und Umweltpreisen Gutes bewirken.

Die Stiftung ist aber nicht nur Mittler, sondern soll auch Stachel im Fleisch unserer Organisation sein, und soll gleichzeitig aber auch nach außen hin wirken, damit der Diskurs für eine nachhaltige Entwicklung mit anderen Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Parteien und Nichtregierungs-Organisationen lösungsorientiert weitergeführt wird.

Ihr Name Arbeit und Umwelt ist zugleich auch ihr Programm!

Es geht nicht um Arbeit statt Umwelt, oder Umwelt statt Arbeit, sondern um die Förderung all dessen, was eine Vereinbarkeit im Sinne der Nachhaltigkeit auf einem besseren Niveau möglich macht.

Was wir heute tun, muss die Zukunft unserer Kinder und Enkel im Blick haben und darf ihre Aussicht auf eine lebenswerte Umwelt in Wohlstand und sozialer Sicherheit nicht schmälern.

Dazu müssen wir für ein tragfähiges Gleichgewicht zwischen Umweltschutz, sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Notwendigkeit sorgen.

Das Gleichgewicht dieses „magischen Zieldreiecks“ –Arbeit- Ökologie und Ökonomie - umfasst natürlich weitere Zieldimensionen, wie die Gerechtigkeit zwischen Generationen, zwischen Staaten, sowie Zugang zu Arbeit, Bildung, Rohstoffe und Wohlstand.

Auch wenn sich das Konzept der Nachhaltigkeit in der Politik und in weiten Kreisen der Bevölkerung durchgesetzt hat, gibt es bei der Erreichung dieser Zieldimensionen reale Konflikte, die immer wieder aufs Neue austariert werden müssen.

Hierzu bedarf es einer Diskurskultur, die verbindet, ohne Trennendes zu verdrängen.

Darum habe ich aktuell ein Buch mit dem Titel „Für den Fortschritt - Industriepolitik für das 21. Jahrhundert“ herausgegeben, um zu einem intensiveren Nachhaltigkeitsdiskurs zwischen den Akteuren einzuladen. Wenn wir wollen, dass die Zieldimensionen des sogenannten magischen Dreiecks in Europa sachlich und lösungsorientiert diskutiert werden, wenn wir wollen, dass unser Europa weiter ein dynamischer Wirtschaftsraum bleibt, dann wird es sehr darauf ankommen, dass die Gewerkschaften an den Rahmenbedingungen arbeiten und auch für eine gesamtwirtschaftlich ausgewogene Nachhaltigkeitspolitik eintreten.

Sie können es.

Wie keine andere Organisation vereinen die Gewerkschaften den ökonomischen den sozialen und den ökologischen Fortschrittsgedanken.

Wer, wenn nicht die Gewerkschaften, wäre besser geeignet, eine Debatte über einen nachhaltigen Fortschritt auch nach Europa zu tragen?

Lassen sie mich dazu ein Beispiel geben: Selbstverständlich gehört zu einer nachhaltigen Energieversorgung auch der Ausbau der erneuerbaren Energien.

Viele unserer Mitglieder arbeiten in damit verbundenen Unternehmen.

Die energiepolitischen Notwendigkeiten des Industriestandorts Deutschland müssen mit seinen klimapolitischen Zielen verbunden werden.

Erneuerbare Energien sind unverzichtbar, sie müssen ausgebaut und wirtschaftlicher erzeugt werden.

Dabei müssen sowohl ihr Potenzial als auch ihre Kosten realistisch betrachtet werden.

Solange ihr Strom nicht gespeichert werden kann, taugen sie nicht für die industrielle Grundlast.

Um eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung gewährleisten zu können, hat sich ein breiter Energiemix bewährt.

Er muss erhalten bleiben.

Damit in Deutschland auch in Zukunft Industriestrom erzeugt werden kann, müssen neue Kohlekraftwerke mit hohen Wirkungsgraden gebaut werden, solange der Atomausstieg trotz aller politischen Entscheidungen gesellschaftlicher Konsens bleibt.

Moderne Kohleverstromung benötigt mehr Akzeptanz in der Bevölkerung und eine neutrale sowie umfassende Berichterstattung in den Medien.

Wer eine „nachhaltige Wirtschaft“ haben will, muss anerkennen, dass Deutschland ein Industrieland bleibt und Erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz ihre Nachhaltigkeit nur mit guten und sozialen Arbeits- und Lebensbedingungen entfalten.

Eine nachhaltige Industriepolitik berücksichtigt die „organische Stärke“ der deutschen Industrien in ihrer Größe, Vielfalt, Dichte und Verflechtung.

Ohne grundlastfähigen Kohlestrom und Erzeugnisse aus der energieintensiven Grundchemie wären energieeffiziente Gebäude und Haushaltsgeräte, Solartechnologien, Elektromobilität und Windenergie nicht möglich. Nachhaltige Industriepolitik ist offen für die Chancen neuer Technologien und führt deren Risikodiskussion auf der Basis von sachlichen Argumenten.

Eine auf diesem Grundsatz aufbauende nachhaltige Industriepolitik erzeugt eine „Win-win-Situation“ oder „Positivsummenspiel“ für den globalen Umwelt- und Ressourcenschutz und den Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland.

Unsere größte ungenutzte Energiequelle heißt Ressourcen- und Effizienzsteigerung. Strom, der gar nicht erst benötigt wird, kostet kein Geld und erzeugt keine Emissionen.

Daher begrüße ich auch ausdrücklich den Umweltpreis „Energieeffizienz mit Mitarbeiterbeteiligung“ und freue mich, dass so viele Bewerbungen mit guten Projekten und Ideen eingereicht wurden.

Die IG BCE unterstützt deshalb seit 2006 die von der Bundesregierung beschlossenen CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramme.

Für solche Sanierungsmaßnahmen liefern die chemische Industrie, die Kunststoffindustrie, die Glasindustrie und die Baustoffindustrie maßgeschneiderte Produkte.

Die energieintensiven Industrien erforschen und produzieren Technologien und Produkte, die zur Lösung des Klimaproblems gebraucht werden.

Chemische Produkte – von Wärme- und Kälteämmstoffen über Düngemittel bis zu energieeffizienter Beleuchtung sind maßgeblich an einer nachhaltigen CO<sub>2</sub>-Reduktion beteiligt.

Energieeffizienz-Programme verbessern nicht nur den Klimaschutz, sie sichern und schaffen Arbeitsplätze in diesen Branchen sowie in Handwerk und Baugewerbe.

Das ist Zukunftsvorsorge.

In diesem Sinne wünschen auch wir uns eine „Nachhaltige Wirtschaft“, in der die klassischen Industrien wie zum Beispiel Chemie und Kohle sowie alle Akteure national und international einbezogen werden, um die Herausforderungen in den nächsten 50 Jahren gemeinsam zu bewältigen.

Es ist wichtig und richtig Ziele für 2050 zu formulieren und Visionen für eine Nachhaltigkeitspolitik bis 2050 zu haben.

Schließlich geht es darum Lösungen auf die Herausforderungen zu finden, wenn im Jahr 2050 neun Milliarden Menschen einen Lebensstandard erreichen und halten können, der in der westlichen Industrie- und Konsumgesellschaft als selbstverständlich gilt.

Die Lösungen müssen auch die Folgen berücksichtigen, die neun Milliarden Menschen für Wohlstand, Wachstum, Gerechtigkeit und Demokratie haben.

Das Jahr 2050 hat daher in der Nachhaltigkeitspolitik, insbesondere in der Klima- und Energiepolitik, eine ganz besondere Bedeutung. Ich glaube, es ist deshalb gut und richtig, dass wir einen Zeitraum von nunmehr noch 40 Jahren in den Blick nehmen, weil viele Veränderungen in diesem komplexen System sehr, sehr viel Zeit in Anspruch nehmen.

Je früher wir die Weichen richtig stellen, desto einfacher lassen sich notwendige Veränderungen durchsetzen und begrenzte Ressourcen nachhaltiger nutzen als bisher.

Josef Schumpeter hat nach dem russischen Wirtschaftswissenschaftler Kondratieff die sogenannten Kondratieff-Zyklen als langfristige Konjunkturzyklen entwickelt und mit der Informations- und Biotechnologie werden nun wichtige Grundelemente für einen neuen Kondratieff-Zyklus geliefert, der einen „grünen“ oder „nachhaltigen“ Charakter hat.

Voraussetzung für diesen ersten „grünen“ Wachstumszyklus ist, dass er nicht nur ökologisch nachhaltig gestaltet wird, sondern auch auf guten und sozialen Arbeits- und Lebensbedingungen basiert.

Gelingt die ökologisch-ökonomisch und soziale Balance nicht, könnte das Konzept der Nachhaltigkeit an den erzeugten Spannungen und Konflikten scheitern.

Angesichts der hohen Bedeutung einer Nachhaltigen Entwicklung und der wichtigen Zielsetzungen für unsere Zukunft in Europa ist eine Umweltstiftung, wie die Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE, auf eine starke Stifterin und gute Partnerschaften angewiesen.

Ich wünsche der Stiftung von ganzem Herzen alles Gute und viel Erfolg in unser aller Interesse und im Interesse der Gewerkschaften und des Gemeinwesens.

Ihnen wünsche ich eine interessante Tagung mit neuen Kontakten und guten Gesprächen für eine nachhaltige Entwicklung.

Michael Vassiliadis

(es gilt das gesprochene Wort)